

Ergebnispräsentation

**Evaluation der Initiative „Abschluss und Anschluss –
Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“:
Erfolgreiche Übergänge in die betriebliche
Ausbildung**

Ausgangssituation

- Trotz Entlastung des Ausbildungsmarktes: Übergang in Ausbildung für eine hohe Zahl an jungen Menschen nach wie vor schwierig.
- Zur Bewältigung wurden zahlreiche Programme, Projekte und Initiativen umgesetzt, die die Angebote des SGB II und SGB III ergänzen.
- Ausgangs- und Rahmenbedingungen unterscheiden sich auf den regionalen Ausbildungsmärkten erheblich.
- Initiative Bildungsketten zielt auf Schaffung einer strukturierten und kohärenten Förderpolitik.

Ziel der Evaluation: Bandbreite an Strukturen und Prozessen am Übergang von der Schule in den Beruf sowie darauf Einfluss nehmende Faktoren zu erfassen. Analyse vor dem Hintergrund regionaler Voraussetzungen.

Untersuchungsdimensionen



- Maßnahmen und Angebote am Übergang
 - Zugangsprozesse von Jugendlichen
 - Strukturelle Ausgestaltung des Fördersystems
 - Relevante Umfeldfaktoren
-

Methodisches Vorgehen

Auswahl der Untersuchungsregionen

- Auswahl von fünf Bundesländern für die Untersuchung anhand Clustertypen
- Auswahl von zunächst 30 Regionen anhand der IAB-Ausbildungsmarkttypisierung innerhalb der fünf Bundesländer
- Erstellung von 30 ausführlichen Regionenprofilen
- Auswahl von 15 Fallstudienregionen anhand der Profile in Absprache mit Auftraggeber und ausgewählten Ländern

Vorbereitung der Feldphase

- Tlw. Vorbereitung und Durchlaufen Genehmigungsverfahren der Länder
- Entwicklung von aktorenspezifischen Leitfäden
- Erstansprache zentraler Akteure in den ausgewählten Regionen (Kammern, AA, Jobcenter Kommune) – Kurzerhebung Rahmenbedingungen und Kooperationsbereitschaft
- Auswahl und Ansprache der relevanten Akteure in der Region

Durchführung der Fallstudien – Methodisches Vorgehen

- Qualitative leitfadengestützte Experteninterviews mit Ländern, Regionaldirektion, Kammern, AA, Berufsberatung, Jobcentern, Kommunalvertretern, Betrieben, Jugendlichen, ggf. Verbänden
- Qualitative leitfadengestützte Gruppeninterviews mit Vertretern aus allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Bildungsträgern sowie Elternvertretungen
- Einsatz von Fallvignetten

Dokumentation und Auswertung der Fallstudien

- Tonmitschnitte und ausführliche Protokollierung der Interviews
- Übertragung in Auswertungsraster – Thematische Querauswertung und Typisierung
- Identifizierung von guter Praxis unter Berücksichtigung der regionalen Rahmenbedingungen
- Regelmäßige Auswertungstreffen

Ergebnissynthese und Entwicklung von Handlungsempfehlungen

- Zusammenführung und Bewertung aller Analyseergebnisse
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen
- Berichtslegung



- **Fallstudien in 15 Regionen (5 Großstädte; 10 Landkreise)**
- **Einbezogene Länder: Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg**
- **168 Interviews mit 268 regionalen Akteuren wurden durchgeführt**

Relevante Rahmenbedingungen

Strategien und Konzepte der Länder

- Alle einbezogenen Länder verfügen über Strategien und Konzepte für die schulische Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen, nur einzelne zusätzlich auch für berufsbildende Schulen.
- Strategien und Konzepte für den Übergangsbereich sind bislang nicht so umfassend und ausdifferenziert.
- Rückmeldung vonseiten der regionalen Akteure war heterogen:
 - Transparente und klare Rahmensetzungen des Landes wurden teilweise positiv hervorgehoben.
 - Für einen Teil der Akteure spielte das Landeskonzept für die operative Umsetzung jedoch kaum eine Rolle.
 - Andere kritisierten die „Oberflächlichkeit“ oder den Aspekt, dass die Landesstrategie weder mit konkreten Handlungsleitlinien noch mit finanziellen Ressourcen hinterlegt sei.

Relevante Rahmenbedingungen

Strategien und Konzepte der Regionen

- Kaum eine der 15 Regionen verfügte über ein akteursübergreifendes und verschriftlichtes Konzept zum Übergangsbereich.
- Regionen, die ein Handlungskonzept entwickelt haben bzw. aktuell entwickeln, zeichnen sich häufig durch eine Reihe von Merkmalen aus:
 - Ein zentraler Akteur treibt das Thema Übergang Schule-Beruf voran und koordiniert die Vernetzung
 - Bildungsmonitoring ist etabliert oder wird aufgebaut
 - Hoher Informationsaustausch zu Angeboten am Übergang Schule – Beruf
 - Positive Impulse gehen z.T. von den initiierten Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf sowie vorangegangenen strukturbildenden Programmen aus

Zentrale Förderinstrumente

- Nahezu alle Regionen nutzten die zentralen Förderinstrumente des SGB III sowie schulische Angebote des Übergangsbereichs aktiv zur Unterstützung.
- Regionales Bildungsmonitoring oder strategische Absprachen sind selten Grundlage einer Maßnahmenplanung. Häufiger orientierten sich AA und JC an der Einkaufspolitik der Vorjahre.
- Keine wesentlichen Lücken festgestellt; Ausnahme: Jugendliche mit psychischen Problemen.
- Vereinzelt wurden Überschneidungen benannt; am häufigsten bei abH und AsA.

Zentrale Förderinstrumente und ihre Bewertung

Berufsvorbereitungsjahr

- Zielgruppen: schulpflichtige Jugendliche, Förderschülerinnen und -schüler sowie Abgänger ohne Hauptschulabschluss
- In einigen Regionen die am stärksten besetzte Maßnahme; „neutrale“ Beurteilung, lediglich einzelne Kammervertreter für Abschaffung

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

- BvB weit überwiegend positiv bewertet
- Trotz verbesserter Situation auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin Bedarf an diesen Maßnahmen gesehen

Berufseinstiegsbegleitung

- Das Instrument BerEb und seine Intention, eine frühzeitige Begleitung bis in die Ausbildung sicherzustellen, wurde weit überwiegend positiv bewertet
- Kritische Anmerkungen: steht nicht allen Schulen zur Verfügung; Zuteilung nicht immer transparent und bedarfsgerecht; hohe MA-Fluktuation; teilweise fehlende sozialpädagogische Fachkenntnisse bei den BerEbs

Einstiegsqualifizierung

- EQ mehrheitlich positiv bewertet, insbesondere von den Kammern
- Positiv: Praxis- und Betriebsnähe des Instrumentes
- Aufgrund verbesserter Ausbildungsmarktlage und häufiger Übernahme in duale Ausbildung sei der Einsatz des Instrumentes allerdings rückläufig

Zentrale Förderinstrumente und ihre Bewertung

Außerbetriebliche Berufsausbildung

- Die Platzzahlen wurden in den letzten Jahren stark reduziert, was einige Akteure kritisch sahen.
- Zunehmende Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung hinreichend homogener Gruppen

Assistierte Ausbildung

- Das relativ neue Instrument schneidet in der Gesamtschau am schlechtesten ab
- Hauptgründe scheinen der geringe Bekanntheitsgrad und Vorbehalte von KMU gegenüber der in ASA vorgesehenen Unterstützung der Betriebe zu sein

Initiative VerA/ Senior Expertinnen und Experten

- Vor allem einzelne Kammern hatten Berührungspunkte, andere Akteure weniger
- Während die Kammern die Initiative sehr positiv bewerteten, zweifelten einzelne andere Akteure an der Qualität der Begleitung

Anschlussfähigkeit von Instrumenten und Maßnahmen

- Ambivalente Einschätzung der Mehrheit der Befragten dazu, ob die einzelnen Förderinstrumente am Übergang Schule – Ausbildung sinnvoll aufeinander aufbauen bzw. zumindest aneinander anknüpfen.
- Schulische BO-Maßnahmen und Instrumente wie der Berufswahlpass werden kaum für Zugänge und Anschlüsse genutzt.
- Vereinzelt knüpft Berufsberatung an Ergebnisse der schulischen BO-Maßnahmen an, in vielen Fällen wurde aber auch explizit kein Bezug genommen (zu „veraltet“; zu uneinheitliche Umsetzung in den Schulen).

Zugangsprozesse – Rolle der Akteure

- Die zentrale Rolle für den Zugang zu Förderinstrumenten wurde der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit zugesprochen.
- Kooperation zwischen Jobcentern und Berufsberatung wurde sehr positiv bewertet und Einkauf von Maßnahmen werde eng abgestimmt bzw. erfolge gemeinsam.
- Wichtige Partner seien zudem Klassenlehrkräfte und Schulsozialarbeit.
Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Schulen und Berufsberatung sind in der Regel sehr eng. Weniger ausgeprägt ist die Zusammenarbeit mit den berufsbildenden Schulen.
- Kammern sind für Betriebe zentrale Ansprechpartner und beraten insbesondere bei betriebsnahen Instrumenten.

Zugangsprozesse – Abstimmung zwischen den Akteuren

- In Hessen häufig Hinweise auf Übergabekonferenzen: Austausch zwischen den zentralen Akteuren über den Verbleib der SuS.
- In den meisten anderen Regionen mangelte es häufig an systematischen Informationen über die Übergangswege der Jugendliche.
- Auch bei weiteren Übergängen ist die Informationsweitergabe oftmals schwierig. Viele Träger beklagten, dass ihnen zentrale Informationen über Problemlagen und Stärken der Jugendlichen nicht übermittelt werden.
- Abstimmungsprozesse zur Erstellung eines regionalen Maßnahmenportfolios/ Maßnahmenkatalogs bilden bislang ebenfalls die Ausnahme.

Zugangskriterien

- Regelungen der Schulpflicht nehmen große Rolle ein.
- Kriterienkatalog der Agentur für Arbeit dient als Orientierung. Zentrale Auswahlkriterien sind zudem Schulabschluss sowie Ausbildungsreife.
- Mehrzahl der Akteure betonte, dass es Anliegen sei, die Beratung und den Zugang nach den individuellen Ausgangsbedingungen der Jugendlichen auszurichten.
- Die Analyse der Fallvignetten zeigte jedoch eine sehr hohe Heterogenität der Maßnahmenzuweisung auf.
- Erschwerende Faktoren: strukturelle Gegebenheiten in Flächenlandkreisen; sinkende Teilnehmerzahlen und kleineres Angebotsportfolio, Mindestgrößenklassen an berufsbildenden Schulen, Zusammenlegung und Schließung von Berufsschulen.

Transparenz

- Wesentlicher Gelingensfaktor für erfolgreiche Übergänge ist Transparenz über die vorhandenen Strukturen und Angebote.
- Jedoch kaum oder keine Transparenz bezüglich der Angebotsstrukturen am Übergang vorhanden. Dies gilt – in unterschiedlichen Ausprägungen – für Jugendliche, Eltern, Betriebe und Lehrkräfte gleichermaßen.
- Wurde auf Vielzahl der Angebote, häufige Wechsel der Angebote und deren unterschiedliche Bezeichnungen und unverständliche Abkürzungen zurückgeführt.
- Angebotsübersichten in Form von Maßnahmenkatalogen, Homepages und graphischen Darstellungen können zur Transparenz beitragen.

Kooperationsstrukturen

- **Alle institutionellen Akteure** bezeichneten sich als „gut vernetzt“.
- **Enge Zusammenarbeit zwischen Berufsberatung und schulischen Akteuren** ist für alle Beteiligten hilfreich.
- **Jugendberufsagenturen** als Beispiele besonders enger Zusammenarbeit, insbesondere wenn „unter einem Dach“ (allerdings geringe Anzahl von JBA in der Studie).
- **Engagement der Wirtschaft** bedeutsam, wesentlich ist Engagement der Kammern, z.T. von (einzelnen) Betrieben. In ländlichen Regionen wurden Kammern teilweise als „weit weg“ empfunden.

Kooperationsstrukturen – drei Typen

Zentrales Netzwerk vorhanden

- In der Regel Informationsnetzwerke; nur selten weitergehende Kompetenzen
- Notwendig: Etablierung einer Steuerungsinstanz, die organisatorische Aufgaben übernimmt
- Förderlich ist, wenn sie auch weitergehende Aufgaben bearbeiten kann, z.B. inhaltliche Fragen bearbeitet
- Häufig genannt: „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“, *SCHULEWIRTSCHAFT*

Netzwerkstrukturen im Aufbau

- Bilaterale institutionenübergreifende Kooperationen finden statt, i.d.R. anlass-, teils fallbezogen
- Aufbau weitergehender Strukturen wurde begonnen
- Teilweise wurde mit übergreifenden Aktivitäten (z.B. Aufbau eines Bildungsmonitorings) begonnen, die eine Vorarbeit für Vernetzungsstrukturen bilden können

Kein zentrales Netzwerk

- Bilaterale Kooperationen auch hier vorhanden
- Partner am Übergang Schule – Beruf kennen sich z.T. nur punktuell, vielen fehlt ein entsprechender Überblick
- Früher bestehende Netzwerke teilweise wieder „eingeschlafen“
- Z.T. wird Nutzen entsprechender Netzwerke nicht gesehen. Hinweise auf fehlende Zeit und mangelnde Ressourcen

Kooperationsstrukturen – Einflussfaktoren

- **Ländervorgaben:** Unterstützend beim Aufbau von lokalen Netzwerken, Beeinflussung der weiteren Umsetzung
- **Durchführung von strukturbildenden Modellprojekten und -programmen** (Lernen vor Ort, Bildungsregionen, Transferagenturen...)
- **Kontinuität** kommt zentrale Bedeutung zu:
 - Strukturaufbau als zeitaufwändiger Prozess
 - Kontinuität von Maßnahmen/Angeboten, Trägern und Personen
 - Erhalt aufgebauter Strukturen
- **Regionale Rahmenbedingungen**
 - Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Bundesländern
 - Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen

Handlungsempfehlungen I: Fokus Region

- **Impulse der Bundes- und Landesebene:** Arbeitsbündnisse, strukturbildende Programme und Landesstrategien können Regionen unterstützen, eigene Strategien und Konzepte zu entwickeln.
- **Initiierung regionaler Netzwerkstrukturen:** Dies kann durch BMAS und BA geschehen, die die Verbreitung von Arbeitsbündnissen vorantreiben, oder durch die Länder, die etwa Bildungsregionen mit Bildungsbüros initiieren.
- **Nachhaltigkeit:** Es sollte stärker dafür Sorge getragen werden, dass bei Programmerfolg nach Auslaufen der Förderung eine Verstetigung erfolgt.
- **Evaluationen:** Wirkungen und Zusammenspiel der einzelnen Förderinstrumente und Maßnahmen bleiben i.d.R. unklar. Empfohlen werden Evaluationen zu den Förderinstrumenten des SGB II, SGB III (wenn vorhanden SGB VIII) sowie den regionalen Projekten und schulischen Angeboten in regelmäßigen Abständen.

Handlungsempfehlungen II: Fokus Übergänge

- **Ergebnisse schulischer BO-Maßnahmen:** Diese sollten anschlussfähiger gestaltet (z.B. inhaltliche Ausrichtung, Aktualität, einheitlichere Umsetzung) und den Akteuren des Übergangsbereichs zur Verfügung gestellt werden.
- **Konferenzen zwischen abgebenden und aufnehmenden Einrichtungen und Institutionen sowie der Berufsberatung:** Schaffen Anschlussfähigkeit und tragen zur Transparenz auf allen Seiten bei, d.h. bei abgebenden und aufnehmenden Einrichtungen. Dabei sind Datenschutzfragen zu klären.
- **Bildungsmonitoring:** Zur besseren Transparenz und Abstimmung ist ein systematisch angelegtes Bildungsmonitoring sinnvoll. Es kann Voraussetzung für und Ergebnis von regionaler Vernetzung sein.
- **Angebote für Jugendliche mit psychischen Problemen:** Für diese Zielgruppe sind passgenaue Angebote zu entwickeln.

Handlungsempfehlungen III: Rahmenbedingungen

- **Verbreitung von guten Praxisbeispielen und von Maßnahmenübersichten:** Hierzu könnte etwa die Servicestelle Bildungsketten beitragen.
- **Erreichbarkeit:** Es muss entweder stärker sichergestellt werden, dass passgenaue Angebote für die Jugendlichen erreichbar werden, und/oder es wären Alternativangebote zu konzipieren.
 - Mögliche Maßnahme: Ausbau des ÖPNV bzw. alternativer Fahrdienste sowie eine Bezuschussung des Fahrgeldes der Jugendlichen
 - Mögliche Maßnahme: Schaffung von Alternativangeboten und neuen konzeptionellen Ansätzen im Übergangsbereich, die den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**